

Kleine Anfrage mit Antwort**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abg. Frau Hoops (GRÜNE), eingegangen am 7. 5. 1997

Betr.: Zukunft der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung – Stärkung der politischen Bildung als Phrase, Aufklärung der Landeszentrale in der Tat?

Während der Kultusminister bei jeder Gelegenheit die Bedeutung der politischen Bildung betont, schlägt die von der Landesregierung eingerichtete Arbeitsgruppe zur ressortübergreifenden Aufgabenkritik im Rahmen der Verwaltungsreform vor, die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung aufzulösen und die Verwaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen der Bezirksregierung Lüneburg zu übertragen (s. Bericht „Vorschläge für eine Aufgabenkritik im Land Niedersachsen, Band I, S. 57 ff., Februar 1997).

Eine Bewertung dieser Empfehlung seitens der Landesregierung steht auch Monate nach Vorlage des Berichtes immer noch aus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie die Vorschläge der Arbeitsgruppe Aufgabenkritik, und welche Konsequenzen beabsichtigt sie daraus zu ziehen?
2. Wie kennzeichnet sie die spezifischen Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung vor dem Hintergrund einer entwickelten Erwachsenenbildungslandschaft?
3. Welche Eckdaten ergibt ein Ländervergleich der Landeszentralen für politische Bildung hinsichtlich der
 - Aufgabenbeschreibung
 - Organisationsstruktur
 - finanziellen Ausstattung (Personal-/Sachmittel)
 - Umfang und Bedeutung von Drittmitteln
 - Angebotsstruktur
 - Teilnehmerinnen- und Teilnehmerstruktur
 - Zielgruppen
 - Kooperationspartnerinnen und -partner
 - Erhebung von Teilnehmerinnen- und Teilnehmerbeiträgen
 - Erstattung von Fahrtkosten
 - Herstellung des Ankaufs und der Verbreitung von Publikationen
 - Einnahmen aus Publikationen
 - Evaluationsstrukturen?
4. Gibt es in anderen Bundesländern Vorschläge oder Pläne der jeweiligen Landesregierungen, die Landeszentrale für politische Bildung aufzulösen?
5. Welche Überlegungen und Pläne gibt es in den anderen Bundesländern hinsichtlich der Zukunft der Arbeit der jeweiligen Landeszentrale für politische Bildung?

(An die Staatskanzlei übersandt am 16. 5. 1997 – II/722 – 836)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Kultusministerium
– 01 – 01 420/5 – II/722 – 836 –

Hannover, den 25. 7. 1997

Zu 1:

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich bereits 1994 mit der Frage der Auflösung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung befaßt und in ihrer Sitzung am 19./20. Juli 1994 beschlossen, daß das Niedersächsische Kultusministerium ein Konzept vorlegt, „das in einem mittel- bis langfristigen Zeitraum die Auflösung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung vorsieht“. Diesen Beschluß hat die Niedersächsische Landesregierung in ihrer Sitzung am 19./20. September 1994 dahingehend modifiziert, daß sie der vom Kultusministerium vorgeschlagenen mittel- bis langfristigen Umorganisation bei gleichzeitigem Stellenabbau zugestimmt hat. Danach soll der Personalbestand der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung auf 36,5 Stellen reduziert werden.

Bei den jetzt vorgelegten Vorschlägen für eine Aufgabenkritik im Land Niedersachsen handelt es sich um ein Arbeitspapier. Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe Aufgabenkritik hinsichtlich der Auflösung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung (Seite 57 ff.) hat sich die Landesregierung bisher nicht befaßt, und es ist gegenwärtig nicht damit zu rechnen, daß eine Willensbildung der Landesregierung zu dieser Frage noch in dieser Legislaturperiode erfolgt.

Zu 2:

Die Aufgaben der Landeszentrale ergeben sich aus § 2 des Beschlusses des Landesministeriums über die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung vom 14. 5. 1991 (Nds. MBl. Nr. 20/1991, S.758). Danach betreibt und fördert die Landeszentrale neben den freien Trägern politische Bildung im Land Niedersachsen. Sie hat die Aufgabe, den demokratischen Gedanken zu festigen und zu verbreiten. Sie arbeitet auf der Grundlage der Ziele und Wertvorstellungen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Universellen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Sie fördert den aus dem Grundgesetz hergeleiteten Friedensauftrag Deutschlands in einem vereinten Europa, die Bewahrung der den Menschen überantworteten Umwelt und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Landeszentrale hat die Aufgabe, über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu informieren. Sie soll politisches Problembewußtsein vertiefen und dazu befähigen, die Gesellschaft politisch handelnd mitzugestalten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Landeszentrale eigene Veranstaltungen durchführen, Materialien zur politischen Bildung produzieren sowie Einrichtungen und Vereinigungen unterstützen, die sich der politischen Bildung widmen.

Die Landeszentrale hat dem Kuratorium in seiner Sitzung am 16. Juni 1995 eine Konzeption ihrer Arbeit „Politische Bildung in staatlichem Auftrag“ vorgelegt, in der als Schwerpunkte der Seminararbeit genannt werden:

- Integration im vereinigten Deutschland;
- Niedersachsen, die europäische Union und die mitteleuropäischen Staaten;
- Willensbildung und die Partizipation in der parlamentarisch-föderalen Demokratie;
- Radikalismus/Extremismus;
- interkulturelle Gesellschaft.

Die künftige Arbeit der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung wird sich auch an den im Münchner Manifest, das von den Leiterinnen und Leitern der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung anläßlich ihrer Koordinierungskonferenz in München am 26. Mai 1997 als Selbstverpflichtungserklärung einstimmig beschlossen

wurde, formulierten Ansprüchen orientieren. In der Sitzung des Kuratoriums der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung am 19. Juni 1997 wurde die Landeszentrale gebeten, die vorgelegte Jahresplanung für das erste Halbjahr 1998 auf der Grundlage der in dem Manifest formulierten Ansprüchen neu auszurichten. Das Münchner Manifest formuliert als Ansprüche der Arbeit der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung unter anderem die Aufnahme neuer Themenstellungen in ihre Bildungsarbeit und die Öffnung für neue Inhalte, die Besetzung auch unpopulärer Themen, die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung neuer Methoden und Beiträge zur Didaktik der politischen Bildung, die Nutzung neuer Techniken und Medien im Bildungsbereich, die Erprobung neuer Arbeitsweisen und Vermittlungsformen mit dem Ziel, in Kooperation mit anderen Trägern der schulischen und außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung ihren Beitrag zu einer pluralistischen politischen Bildung zu leisten und hierbei insbesondere zu einer persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen beizutragen.

Zu 3:

Zur Ermittlung der sogenannten Eckdaten in dem erbetenen Ländervergleich wurden die jeweiligen Landeszentralen angeschrieben mit der Bitte, zu den in Nummer 3 aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Die eingegangenen Stellungnahmen der Landeszentralen unterscheiden sich in Form und Inhalt erheblich. Aufgabenstellung, Organisationsform, Schwerpunktbildung der Arbeit hinsichtlich Bildungsarbeit und Publikationen sind sehr unterschiedlich und nur bedingt vergleichbar.

Die Landeszentralen sind in der Regel Einrichtungen des Landes und einem Ministerium oder der Staatskanzlei unterstellt. Die Landeszentrale Saarland ist in das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (Staatliche Lehrerfortbildungseinrichtung des Saarlandes) integriert.

Die Gedenkstättenarbeit ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich organisiert. Diese erfolgt – soweit Gedenkstätten vorhanden sind – entweder in der Zuständigkeit der Landeszentrale oder durch andere staatliche Stellen bzw. durch sonstige Träger wie z.B. Stiftungen. In der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung sind für das Aufgabengebiet Gedenkstättenarbeit insgesamt 11,5 Stellen ausgewiesen.

Hinsichtlich der Aufgabenbeschreibung kann festgestellt werden, daß die Gemeinsamkeiten der Landeszentralen im allgemeinen darin bestehen, daß diese fast alle zur Aufgabenerfüllung Seminarreihen anbieten, die als Tagesseminare, Wochenseminare oder mehrtägige Seminare angelegt sind und sich in der Regel an Multiplikatoren richten. Daneben werden auch andere Veranstaltungsformen wie Vorträge, Symposien, Tagungen, Ausstellungen und Studienreisen (z.B. nach Israel und Polen) durchgeführt.

Die Landeszentrale Rheinland-Pfalz arbeitet seit 1994 auf der Grundlage einer neuen Konzeption, die einen weitgehenden Rückzug aus der Seminararbeit zugunsten der Unterstützung und Koordinierung der dezentralen politischen Bildung vorsieht. Im Mittelpunkt der Arbeit dieser Landeszentrale stehen Arbeitskreise, die zu bestimmten Themenschwerpunkten Materialien für die Weiterbildung entwickeln und in „Multiplikatoren-Paketen“ zusammenfassen. Die Arbeitskreise setzen sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller gesellschaftlichen Bereiche – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Verbände, Bildungseinrichtungen – zusammen.

Die Kooperation mit staatlichen und freien Trägern der Erwachsenenbildung wird nahezu durchgängig gepflegt und gefördert. Zu den Kooperationspartnern der Landeszentralen für politische Bildung gehören zahlreiche staatliche und freie Träger der Erwachsenenbildung. Dazu gehören z.B. Bildungsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Verbände, Gewerkschaften, die Deutsch-Polnische Gesellschaft, Kirchen, Frauenprojekte, Heimvolkshochschulen, Stiftungen u.s.w. Die Niedersächsische Landeszentrale hat Kosten für Veranstaltungen durch Kooperation mit Dritten 1996 um ca. 240.000 DM reduziert. Konkrete Angaben über Drittmittel anderer Landeszentralen liegen nicht vor.

In der folgenden Aufstellung werden die Sachmittel der einzelnen Landeszentralen sowie die Anzahl des beschäftigten Personals für das Jahr 1996 dargestellt.

Landeszentrale	Sachmittel	Personal
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg	2 641 500 DM	80
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	4 815 000 DM	25
Landeszentrale für politische Bildung Berlin	2 609 000 DM	12
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung	787 500 DM	12
Landeszentrale für politische Bildung Bremen	271 790 DM	11
Hessische Landeszentrale für politische Bildung	2 982 000 DM	29
Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern	1 066 000 DM	8
Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung	2 822 600 DM	50
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen	3 000 000 DM	39
Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz	1 207 000 DM	18
Landeszentrale für politische Bildung Saarland	140 000 DM	5
Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt	1 082 000 DM	18
Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein	600 000 DM	10
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen	1 105 000 DM	12
Landeszentrale für politische Bildung Hamburg	298 000 DM	4,5
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung	keine Angaben	

Zu den Zielgruppen der politischen Bildung gehören alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, insbesondere Multiplikatoren und Multiplikatorinnen.

An „Endverbraucher“ der politischen Bildung wendet sich die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung in Teilbereichen der Gedenkstättenarbeit mit einigen Modellseminaren und durch Unterrichtsmaterialien für Schülerinnen und Schüler.

Zur Teilnehmerinnen- und Teilnehmerstruktur wurden von den Landeszentralen kaum Angaben gemacht. Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Seminarveranstaltungen in den letzten Jahren nur nach Geschlecht und gewählten Themengebieten erfaßt. Lediglich bei Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen von Bildungsurlaub werden weitergehende Daten erhoben.

Die Evaluation der Arbeit erfolgt bei den einzelnen Landeszentralen auf sehr unterschiedliche Weise:

- eigenverantwortlich durch die Veranstaltungsleiterinnen und -leiter,
- mittels Abschlußgesprächen mit den Teilnehmern,
- mittels Fragebogen,
- in Ausnahmefällen, weil sehr kostenintensiv, durch wissenschaftliche Begleitung.

Bei der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung erfolgt seit Sommer dieses Jahres die Evaluation durch einen Fragebogen, in dem neben Geschlecht und Alter erfragt wird, ob die Teilnahme am Seminar freiwillig oder durch Abordnung erfolgt ist, ob die Meldung durch Ausschreibung durch die Landeszentrale, durch Ausschreibung im Lehrerfortbildungsplan oder durch Hinweise Dritter erfolgt ist. Weiterhin wird anhand eines Punktesystems eine Bewertung von Organisation, Materialeinsatz, Methoden, Medieneinsatz sowie fachlicher Kompetenz und pädagogischer Darstellung der einzelnen Referentinnen und Referenten sowie der Seminarleitung abgefragt, wie auch der Ertrag des Seminars für die Teilnehmerinnen /die Teilnehmer und eine Gesamtbeurteilung.

Die Landeszentralen erstatten überwiegend keine Fahrtkosten für die Teilnehmer ihrer Seminare. Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung erstattet die Fahrtkosten bis auf einen Eigenanteil von 20 DM.

Teilnehmerbeiträge werden nach den hier vorliegenden Angaben von etwa einem Drittel der Landeszentralen erhoben. Die Niedersächsische Landeszentrale erhebt grundsätzlich keine Teilnehmerbeiträge außer bei Seminaren, die außerhalb Niedersachsens stattfinden (20 DM pro Tag) und bei Studienreisen (i.d.R. 50 % der Kosten).

Während einige Landeszentralen über Präsenzbibliotheken verfügen, findet in anderen Landeszentralen lediglich ein Versand von Publikationen statt. Diese bestehen in der Regel aus wenigen Eigenpublikationen und einer wesentlich höheren Anzahl von angekauften Publikationen. Einnahmen aus Publikationen werden i.d.R. nicht erzielt. Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung erhebt seit 1995 eine Versandkostenpauschale.

Zu 4:

Nach hiesigem Kenntnisstand gibt es in anderen Bundesländern keine Vorschläge oder Pläne der Landesregierungen, die Landeszentralen für politische Bildung aufzulösen.

In Schleswig-Holstein hat der Landtag in seiner Sitzung am 13.06.1996 Gerüchte über eine Auflösung der Landeszentrale diskutiert mit dem Ergebnis, daß die Sprecherinnen und Sprecher aller im Landtag vertretenen Parteien (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SSW) die weitere Existenz der Landeszentrale übereinstimmend als notwendig und wichtig erklärt haben, insbesondere die Landeszentrale als unabhängige Institution zu erhalten.

Im Landtag Baden-Württemberg haben die Republikaner beantragt, die Landeszentrale für politische Bildung aufzulösen. Die Landesregierung hat in einer Antwort zu dieser Frage betont, daß es sich bei der Landeszentrale um eine unverzichtbare und verdienstvolle Einrichtung handelt.

Zu 5:

Zu der Frage, welche Überlegungen und Pläne es in den anderen Bundesländern hinsichtlich der Zukunft der Arbeit der jeweiligen Landeszentrale für politische Bildung gibt, wird auf die Antworten zu Frage 3 und 4 verwiesen.

Wernstedt